



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlamentdirektion

**Interparlamentarisches Ausschusstreffen des  
Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI)  
des Europäischen Parlaments zum Thema:  
"Die Gemeinsame Agrarpolitik bis 2020"  
in Brüssel, am 12. Juli 2011**

-----  
**B E R I C H T**  
-----

**Teilnehmer:**

Abgeordneter zum Nationalrat Fritz GRILLITSCH (ÖVP)  
Abgeordneter zum Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang PIRKLHUBER (Die Grünen)  
Bundesrat Martin PREINEDER (ÖVP)

Nach den **Einleitungsstatements** des [AGRI](#)-Obmanns [MdEP Paolo de CASTRO](#) (S&D, IT) und des Obmanns des Landwirtschaftsausschusses des polnischen Senats Jerzy CHRÓŚCIKOWSKI, ergriff der Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung [Dacian CIOLOS](#) das Wort. Gleich zu Beginn strich er die Bedeutung der Einbeziehung der nationalen Parlamente hervor, da die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) letztlich einen ganzen Wirtschaftszweig betreffe. Anschließend skizzierte er die Vorstellungen der Europäischen Kommission zu den zentralen Aspekten der künftigen GAP. Diese seien beispielsweise Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, qualitativ hochwertige Produkte, biologische Vielfalt sowie eine hohe Qualität der Böden und Gewässer. Die laufende Diskussion sei eng mit den Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) gekoppelt und es gelte nun, sich auf die zukünftige Rolle der Landwirtschaft in der EU zu einigen.

Der Berichterstatter des EP zur Reform der GAP, [MdEP Albert DESS](#) (EVP, DE) äußerte anschließend seine Genugtuung über den breiten, fraktionsübergreifenden Kompromiss zu seinem Bericht und bezeichnete dies als ein klares Signal des EP, welches nun im Mitentscheidungsverfahren voll in die Verhandlungen eingebunden sei. Das Plenum des EP habe auch verlangt, dass die Höhe des Agrarbudgets innerhalb des nächsten MFR 2014-2020 gleich bleiben solle. Damit habe Kommissar Ciolos wichtige Rückendeckung bekommen. Gleichzeitig werde es aber auch darum gehen, die Defizite im System der GAP abzubauen, damit diese so effektiv wie möglich die

Ernährungssicherheit für 500 Millionen BürgerInnen garantieren könne und am Ende des Reformprozesse auch tatsächlich eine "gemeinsame" und gerechte Politik werde. Darüber hinaus sei den Spekulationen der Finanzmärkte im Bereich der Lebensmittel Einhalt zu gebieten. Die nationalen Parlamente forderte MdEP DESS schließlich auf, aktiv ihre Meinung einzubringen.

Im Rahmen der **Diskussion** gratulierte **BR PREINEDER** dem EP zu seinem Beschluss, das Budget der GAP in der bisherigen Höhe beibehalten zu wollen. Dies sei die Garantie dafür, dass die Konsumenten in Europa weiterhin günstige und qualitativ hochwertige Produkte bekommen. Die Zahlungen im Rahmen der GAP seien teilweise anzugleichen, jedoch gebe es immer noch Unterschiede im Kostenniveau zwischen den Mitgliedstaaten. Das Greening der GAP sei positiv, darüber hinaus sollte es jedoch ambitioniertere Programme, beispielsweise für die Biolandwirtschaft, geben. Nach einer Phase der internationalen Öffnung sollte die Landwirtschaftspolitik nun wieder europäischer und regionaler werden.

**Abg. PIRKLHUBER** stellte sodann fest, dass die Kappung der Prämien eine notwendige Voraussetzung für die künftige GAP sei, insbesondere da die gesellschaftliche Akzeptanz für ausreichende finanzielle Mittel nur durch mehr Verteilungsgerechtigkeit bei den Förderungen hergestellt werden könne. Insgesamt liege die Zukunft im Greening sowie in der biologischen bzw. ökologischen Landwirtschaft. Eine stärkere Betonung letzterer vermisse er beispielsweise im Bericht des EP vom Juni 2011. Im Gegensatz dazu habe die Gentech-Landwirtschaft keine Zukunft, da sie von den europäischen BürgerInnen nicht akzeptiert werde. Die Einschleifregeln der Förderungen nach Betriebsgröße (degressive Staffelung) seien wichtig und sollten deshalb wohlüberlegt festgelegt werden. Im Bezug auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und die Finanzierung der GAP rief Abg. PIRKLHUBER alle Anwesenden dazu auf, sich geschlossen hinter die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wie es im Haushaltsentwurf von EU-Kommissar Lewandowski vorgeschlagen wurde, zu stellen. In Österreich herrsche darüber ein parteiübergreifender Konsens. Letztendlich sei auch noch die WTO-Kompatibilität sämtlicher GAP-Maßnahmen sicherzustellen.

Brüssel, 14. Juli 2011

(Mag. Georg Magerl)